

Schwerpunkt: 7. Deutscher Kämmerertag

„Die Entlastung des Bundes allein genügt nicht“

Expertenrunde beim 7. Deutschen Kämmerertag über die Zukunft der Kommunalfinanzierung

Von Vanessa Wilke

Die Zukunft der Staatsfinanzierung in Europa und die Zukunft der Kommunalfinanzierung in Deutschland waren die Leitthemen des 7. Deutschen Kämmerertags am 28. und 29. September in Hamburg. 250 kommunale Finanzverantwortliche diskutierten darüber, wie die öffentliche Hand künftig ihren Kreditbedarf stillen kann.

Vor dem Hintergrund des rasanten Wachstums von Kassenkredit und der neuen Bestimmungen von Basel III müssen hochverschuldete Kommunen damit rechnen, dass die Banken ihnen künftig den Geldhahn zudrehen. Ist das Toprating der Kommunen in Gefahr? Ist der klassische Kommunalkredit ein Auslaufmodell? Welche Alternativen kommen in Betracht? So lautete der Fragenkomplex der Expertenrunde, an der Staatssekretär Werner Gatzler, Torsten Hinrichs, Managing Director bei Standard and Poor's Credit Market Services Europe Ltd., Professor Dr. Martin Junkernheinrich von der TU Kaiserslautern und Dr. Marc Hansmann, Kämmerer der Landeshauptstadt Hannover, teilnahmen. In seinem Impulsvortrag zur Expertenrunde betonte



Die Expertenrunde des 7. Deutschen Kämmerertags: Torsten Hinrichs, Professor Dr. Martin Junkernheinrich, Matthias Elbers, Dr. Marc Hansmann und Staatssekretär Werner Gatzler (von links)

Staatssekretär Gatzler, dass der Bund mit der schrittweisen Übernahme der Grundsicherung im Alter in einer Größenordnung von 4 Milliarden Euro einen wesentlichen Schritt geleistet habe. Zwar sei es wahr, dass es Kommunen gäbe, wo die Maßnahmen nicht reichten, aber der Bund könne das Problem nicht allein lösen. Die Länder und Kommunen müssten auch ihren Anteil leisten. „Nur so kommen die Kommunen aus dem Dilemma der extremen Verschuldung“, sagte Gatzler. Als Erstes müssten die Liquiditätskredite abgebaut werden, denn darin liege ein enormer Sprengstoff. „Der Zuwachs an der Neuverschuldung

muss im Verhältnis zum Zuwachs der Volkswirtschaft stehen“, sagte Gatzler. Die Konsolidierung müsse vorangetrieben werden.

Zahlungsunfähigkeit droht

„Die Entlastung des Bundes allein genügt nicht“, stimmte Junkernheinrich zu. „Wir brauchen eine strukturelle Veränderung mit einer deutlichen Rückführungsmaßnahme auf der Ausgabenseite“, so der Verfasser des Gutachtens zum Stärkungspakt Stadtfinanzen der Landesregierung NRW. Da die Länder eine direkte Finanzbeziehung zwischen dem Bund und den Kom-

munen ablehnten, seien sie gefordert einzuschreiten, sagte Junkernheinrich.

Dr. Marc Hansmann zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis der Gemeindefinanzkommission: „Der Bund hat seine Hausaufgaben gemacht. Das war die größte Hilfe seit Jahrzehnten. Bei der nächsten Finanzkrise haben wir aber ein Problem. Wenn die Banken um ihr Überleben kämpfen, sind wir Kommunen ganz schnell zahlungsunfähig. Alles, was wir vorher gemacht haben, war dann ein Kinderspiel“, warnte der Stadtkämmerer, der Kassenkredite von 200 Millionen Euro verwaltet und eine Anleihe begeben hat, um sich von den Banken unabhängiger zu machen.

Knapp zwei Wochen nach der Veranstaltung bestätigte eine brisante Nachricht die Relevanz des Themas: Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht, dass der Gastgeber des 7. Deutschen Kämmerertags, die WL-Bank AG, Städten, Gemeinden und Kreisen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept keinen Kredit mehr gewähren will.

Die Befürchtung, dass der Staat für seine Refinanzierung künftig mehr zahlen muss, bekam zwei Tage vor dem 7. Deutschen Kämmerertag zusätzliche Nahrung. Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) hatte den dauerhaften Bestand von Deutschlands Bestnote, das AAA-Rating, in Frage gestellt, sofern der Euro-Rettungsfonds EFSF aufgestockt und riskanter gestaltet werde. Hinrichs re-

lativierte die Aussage: „Aktuell ist es so, dass jemand einen Betrag nennt, der zur Euro-Rettung erforderlich sei. Und kurz darauf kommt eine Stimme, die sagt, das reicht nicht. Aber irgendwann ist einfach Schluss.“ Trotzdem gäbe es keinen Grund schwarzzumalen. „Es gibt eine europäische Staatsschuldenkrise und eine Vertrauenskrise der Märkte. Lange Zeit haben wir

„Wenn die Banken um ihr Überleben kämpfen, sind wir Kommunen ganz schnell zahlungsunfähig.“

gedownratet, aber die Märkte haben untertrieben. Jetzt übertreiben sie“, so der S&P Managing Director. Junkernheinrich warnte dennoch: „Wenn wir primär Zeit kaufen, was wir aktuell tun, habe ich meine Zweifel angesichts der Volatilität der Märkte. Ich wäre beruhigter, wenn ich einen Schuldenabbau sehen würde.“ Die Kommunen, die Länder und der Bund sollten dazu die konjunkturelle Hochphase nutzen. Wie die möglichen Konsolidierungswege aussehen könnten, thematisierten die Teilnehmer und Referenten in den anschließenden Arbeitskreisen. //

v.wilke@derneuekaemmerer.de

Talentejagd gegen Metropolensturm

Deutschland will demographischen Wandel mit pädagogischem Großexperiment bewältigen – ein illusorischer Ansatz

Von Gunnar Heinsohn

Deutschland setzt gegen seine Schrumpfungsvorgänge auf die Subventionierung von Unterschichtenfamilien und auf Immigration aus der Dritten Welt. Während die klassischen Einwanderungsländer gezielt Talentejagd betreiben, glaubt Deutschland an die Allmacht pädagogischer Institutionen.

Nur noch 30 Prozent der deutschen Unternehmen finden problemlos Fachkräfte (DIHK 2011). Das überrascht nicht, denn von 100 benötigten Nachwuchskräften werden nur 65 geboren. Und von diesen 65 sind 15 nicht ausbildungsreif. Bei 700.000 Geburten sind das jährlich 150.000 Neubürger, die als Fachkräfte ausfallen, von den 50 – der 100 benötigten – Tüchtigen aber versorgt werden müssen.

Qualifikationsfiasko

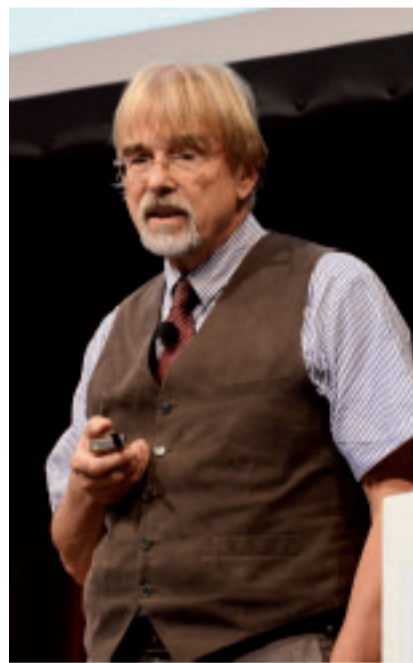
Das Qualifikationsfiasko folgt auf das Absinken der Schulleistungen. Beim PISA-Mathematiktest von 2009 bringt Deutschland nur 18 von 100 Schülern in die höchste Kompetenzgruppe; ebenfalls 18 gehören zu den Schlechtesten. Die Schweiz hingegen hat bei den Versagern nur 13, bei den Besten aber 24. In Rindermanns Welt-IQ-Liste schafft Helvetia den 10. Rang und muss vor allem Jachincos (Japaner, Chinesen, Koreaner) passieren lassen. Deutschland hingegen endet auf Platz 22, obwohl man bis in die Sechziger Jahre nicht schlechter dastand als die Verwandten im Süden. Seitdem aber gelten gegensätzliche Einwanderungs- und Bevölkerungspolitiken. Die Schweiz hält Mathe-Asse nicht für beliebig produzierbar und wählt deshalb an der Grenze aus. Deutsch-

lands Politiker glauben, dass jeder alles lernen könne. Noch allerdings sind seine Migranten doppelt so oft arbeitslos und dreimal so häufig auf Sozialhilfe angewiesen wie Einheimische.

Hiesige Qualifizierte haben 2000 noch 13,6 Millionen Kinder unter 18 Jahren. 2010 sinkt die Zahl auf 11 Millionen. Transfer-Eltern haben schon 2000 wuchtige 1,6 Millionen Sprösslinge (gegen 160.000 im Jahre 1965), konnten die Zahl bis 2010 aber auf triumphierende 2,1 Millionen hochschnellen lassen. Die Zahl der Versorger sackt um 20 Prozent ab bei einem männlichen Durchschnittsalter von 46 Jahren. Die Zahl der Versorgten springt dagegen um 31 Prozent nach oben bei einem Durchschnittsalter von vitalen 26 Jahren. Zwei Prinzipien garantieren diese Dynamik: Erstens muss jeder legal oder illegal im Land Lebende ohne Unterhalt bis ans Lebensende oder bis zur Ausweisung menschenwürdig bezahlt werden. Seine Kinder erhalten umgehend Erziehung und Kultur gratis. Zweitens bekommt jede Frau, die nicht arbeiten kann, jedes gewünschte Baby zu 100 Prozent bezahlt. Bei den Familien mit vier oder mehr Kindern liegen deshalb Türken viermal, Araber und Afrikaner sogar siebenmal über dem Durchschnitt der Altdeutschen (Berlin Institut 2009). Obwohl beide Prinzipien humanitär vorbildlich sind, werden sie nirgendwo in der Welt kopiert.

Flucht vor Megatötungen

Und doch reicht das bei 1,4 Kindern pro Frau nicht, weshalb der Blick ins Ausland schweift. An Menschen herrscht auf dem Globus kein Mangel. Afrika war 1900 mit 100 Millionen Einwohnern gerade so stark wie Deutschland und Frankreich zusammen, liegt heute jedoch um den Faktor sieben vorne und erreicht 2050 mit 2,1 Milliarden gegen 140 Millionen ein tolles 15:1). Das unruhige Islam-Trio Afghanis-



Professor Dr. Gunnar Heinsohn

tan-Pakistan-Bangladesch stand 1900 bei 53 Millionen Bürgern (gegen 56 Millionen im Deutschen Reich). 2050 kann es mit 545 Millionen prunken (gegen dann 75 Millionen in Deutschland). Potentielle Neubürger gibt es dort ohne Ende: Laut dem amerikanischen Meinungsforschungsinstitut PEW wollen 70 Prozent der Jugendlichen weg. Schließlich liegt in ihrer Heimat der Bürgerkriegsindex zwischen 3 und 6. Bei 6 streben sechs junge Männer zwischen 15 und 19 Jahren nach oben, während nur ein Älterer zwischen 55 und 59 Jahren eine Position räumt. Bei Deutschlands Index von 0,8 folgen nur 80 Junge auf 100 Rentner. Ab Index 3 fließt Blut – bei Bandenschlachten, Aufstand, Völkermord oder Krieg. Wer den Megatötungen entkommen will, hat nur den Westen. Denn zwischen Stettin und Wladivostok implodieren die Nationen demografisch zwar ebenfalls, aber dort gibt es we-

der Hightech-Karrieren noch Sozialhilfe. Die Jugend der Dritten Welt probt den Metropolensturm.

Pädagogisches Großexperiment

Zugleich optimiert man hierzulande das Prinzip „Bildungsferne bekommen jedes Baby bezahlt“. Denn ihre Kinder sind nach Erkenntnissen des U.S. Department of Health massiv anfällig für „psychische Erkrankungen, Schulversagen und Kriminalität“. Deshalb soll die Hälfte der Einjährigen in Krippen. Die 155.000 Euro pro Hilfekind bis zum 16. Lebensjahr stockt man dafür um 35.000 Euro Krippengeld auf. Keiner weiß, ob das größte pädagogische Experiment der Geschichte aufgeht.

In Nordamerika, wo man Kinder vom 2. bis zum 16. Lebensjahr begleitet hat, zeigen Studien von Entwicklungspsychologen selbst bei Absolventen der besten Krippen größere Verhaltensprobleme. Nach einer Wiener Studie sinkt bei Kindern unter zwei Jahren schon nach zehn Wochen Aufenthalt der Cortisolwert, so dass sie Stress nicht mehr verarbeiten können. Werden hier Megamilliardenbeträge verpuffen? Erlaubt Amerika eine Prognose?

2011 kommt in den USA die Hälfte der Neugeborenen von Hispanics und Afroamerikanern. Trotz einer Verdreifachung der Ausgaben seit 1970 haben ihre Siebzehnjährigen das Schulniveau von dreizehnjährigen Weißen (National Assessment of Educational Progress). Und selbst pädagogische Verfahren, die verhätschelte weiße Kinder auf das Niveau von Ostasien heben, kennt niemand. Förderung vergrößert nur den Vorsprung der Besten: Zwischen 2000 und 2010 steigt die alarmierende Mathematik-Differenz zwischen weißen und Jachinco-Studenten von 31 auf 55 Punkte.

Weil pädagogisch kaum etwas auszurichten ist, wird die vergreisende Erste

Welt – mit über 50 Staaten unter 1,8 Kindern pro Frau – nicht auf die südlichen Massen setzen. Denn für den Wohlstand zählt nur Intelligenz. Noch das oberste Viertelprozent (99,75 – 100) bringt mehr Spitzenleistungen als die Leute von 99,00 – 99,25 (Psychological Science 2008). Man kann 40 Millionen Schüler mit Hyperbeträgen ein paar Punkte puschen, aber von ihnen wird nicht ein Patent kommen, während ein Einziger an der Spitze allein 40 haben kann. Vor allem Amerika muss und wird noch aggressiver Talente aus aller Welt abwerben, weil es – bei gegenüber Westeuropa doppelt so vielen Schulversagern – ohne fremde Begabungen seinen Platz räumen muss. Während man Milliarden aus den Elendsgebieten an den eigenen Grenzen stoppt, kann innerhalb derselben der Krieg um Talente nur erbarungsloser werden. Heute muss ein Köhner in Deutschland die üppigsten Transfersektoren bezahlen und behält deshalb nicht einmal den halben Lohn in der Tasche. Für das Anlocken der Kapazitäten aus Zürich oder Seattle hat man noch keine unwiderstehlichen Angebote. //

Gunnar Heinsohn ist pensionierter Professor der Universität Bremen.

gheins@uni-bremen.de

Inhalt

Die Entlastung des Bundes allein genügt nicht S. S-1

Talentejagd gegen Metropolensturm S. S-1

Ein Unternehmer in der Politik S. S-2
Interview: Erck Rickmers fordert mehr finanzielle Eigenständigkeit für Kommunen

Schwerpunkt: 7. Deutscher Kämmerertag

Ein Unternehmer in der Politik

Interview: Erck Rickmers fordert mehr finanzielle Eigenständigkeit für Kommunen

Die Fragen stellte Vanessa Wilke

Den Eröffnungsvortrag zum 7. Deutschen Kämmerertag hielt ein prominenter Unternehmer, der seit diesem Jahr Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft ist. In seinem Vortrag und im Interview spricht Erck Rickmers über seine Gründe, sein Unternehmertum ruhen zu lassen, über seine Motivation und über Ziele in der Politik.

Herr Rickmers, seit Anfang März sind Sie Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft. Aus welcher Motivation heraus engagieren Sie als Reeder sich in der Politik?

Ich bin seit mehr als 20 Jahren Unternehmer, und ich habe immer Freude daran gehabt, schwierige Situationen zu guten Lösungen zu führen. Politik reizt mich als neues Aufgabenfeld. Ich habe häufig Missstände beklagt und darüber geschimpft, dass relativ wenige Menschen bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Wer Missstände anprangert, sollte selbst versuchen, sie abzustellen. Dazu möchte ich jetzt gern einen kleinen Beitrag leisten.

Wie sehen Ihre ersten Erfahrungen mit der Kommunalpolitik aus?

Seit etwa neun Monaten bin ich Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft.

Meine Schwerpunkte liegen dabei auf der Wirtschafts- und Haushaltspolitik sowie den öffentlichen Unternehmen. Ein Großteil meiner politischen Arbeit hat daher eher einen Bezug zur Landespolitik. Hamburgs Situation ist als Stadtstaat aber sowieso etwas Besonderes. Die Hamburgische Bürgerschaft ist sowohl Stadt- als auch Landesparlament. Ein Gutteil der kommunalpolitischen Arbeit findet in Hamburg – wie auch in Berlin – in den Bezirken statt. Wichtige kommunalpolitische Themen werden in den Stadtstaaten aber natürlich auf der Landesebene diskutiert, insbesondere in der Haushaltspolitik. Insofern bin ich auch Kommunalpolitiker.

Wie zeitintensiv ist Ihre Tätigkeit als Abgeordneter?

In der ersten Zeit – muss ich zugeben – habe ich die Fülle von Terminen, Sitzungen, Gesprächen und Drucksachen deutlich unterschätzt. Die wöchentliche Arbeitszeit für ein Mandat beträgt etwa 30 Stunden, in den Sitzungswochen mehr. Wohlgemerkt, Hamburg ist ein sogenanntes Teilzeitparlament, einige nennen es auch „Feierabendparlament“. Wir haben keine Vollzeit-Parlamentarier, die meisten gehen einem Beruf nach.

Ich habe hohen Respekt vor den Kollegen aller Parteien, die solch ein Pensum für ein Bürgerschaftsmandat engagiert wahrnehmen. Das Problem dürfte sich in den meisten Kommunalparlamenten ähnlich darstellen. Die fachlichen und kommunikativen Erwartungen an Politiker sind – allerorts – zu Recht gestiegen. Die



Erck Rickmers, Unternehmer und SPD-Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft, hielt den Eingangsvortrag beim 7. Deutschen Kämmerertag.

Frage ist allerdings, ob ein ehrenamtliches oder ein Teilzeitparlament, wie in Hamburg, dauerhaft die besten Lösungen für die Politik liefern wird.

Wie haben Sie die Hamburger Verwaltung als Unternehmer erlebt? Wie schätzen Sie die Verwaltung nun aus Ihrer neuen Perspektive ein? Steht Bürokratieabbau auf der Liste Ihrer politischen Ziele?

Ich stelle mich ausdrücklich nicht in die Reihe derer, die sich ständig über ein Zuviel an Bürokratie beklagen und dabei die hohe Qualität der öffentlichen Verwaltung in Deutschland aus den Augen verlieren. Vielen dieser Kritiker kann man nur zurufen: Reisen bildet! Schaut euch mal die Verhältnisse in anderen Ländern an, etwa in Südeuropa.

Aber große ministeriale und behördliche Verwaltungsapparate werden wir uns auf Dauer nicht mehr leisten können. Sie sind behäbig und an vielen Stellen ineffizient. Ich glaube, dass wir in unserer ge-

samten Staatsstruktur stärker auf Subsidiarität und kleinere Einheiten setzen müssen – als Betriebswirt und Unternehmer würde man sie wohl als „Profit Center“ bezeichnen. Solche Einheiten sind beweglicher und lassen sich viel einfacher steuern. Es ist doch ein systematisches Problem, dass in der großen Politik etwas beschlossen wird, das die Kommunen dann irgendwie umsetzen müssen, das aber vor Ort nicht so richtig hilft und von den Kommunen auch nicht finanziert werden kann. Die Kommunen brauchen hier mehr Selbstverantwortung, mehr inhaltliche Spielräume und dann natürlich auch mehr finanzielle Freiheiten, um zu einer effizienteren Verwendung der öffentlichen Gelder zu kommen.

Dass wir auf diese Weise auch wieder mehr Bürgernähe erzeugen können, ist ein weiterer unschätzbar wichtiger Aspekt. Viele Menschen können nämlich die Vorgänge in der öffentlichen Verwaltung und Finanzierung nicht mehr nachvollziehen. Viele Dinge sind zu abstrakt und zu weit weg. Wenn die Kommunen eine größere finanzielle Eigenständigkeit hätten, würden sich die Menschen auch wieder stärker für die dann leichter vermittelbaren Vorgänge interessieren. Wir könnten sie auf diese Weise wieder stärker einbeziehen und interessieren. Und das wäre ein großer Gewinn für die demokratische Kultur in unserem Land.

Warum engagieren sich so wenig Unternehmer in der Politik? Empfinden Sie es als schwierig, mit Ihrem unternehmeri-

schen Denken in der Bürgerschaft und in der Verwaltung durchzudringen?

Die Frage „Wie halten Sie es als Unternehmer im Parlament bloß aus? Sie müssen doch wahnsinnig werden mit diesen ganzen Diskussionen, den vielen Gremien, den zähen Abläufen und schleppenden Entscheidungsprozessen“ wird mir in der Tat oft gestellt. Da muss ich vielleicht mal etwas geraderücken. Denn einige Menschen haben ja tatsächlich die Vorstellung, dass ein Unternehmer am Schreibtisch wie in einem Cockpit sitzt, Knöpfe drückt und Hebel bewegt, und dann passieren die Dinge genauso, wie er es sich wünscht.

Die Wahrheit ist doch, dass man als Unternehmer in einem komplexen Bedingungsgefüge von Mitarbeitern, Kunden, Banken und Eigenkapitalgebern, technischen Vorgängen sowie unkalkulierbaren Einflüssen wie globalen Krisen und Stimmungsschwankungen des Marktes agiert.

Ähnlich verhält es sich in der Politik. Man darf sich nicht der Illusion hingeben, heranzugaloppieren, um Zustände und Strukturen auf der Stelle zu verändern. Politik ist ein kleinteiliger Prozess, in dem gute Ideen nach kritischer Prüfung und Diskussion in Beschlüsse münden, die dann umgesetzt werden. Oftmals ist es auch ein Kompromiss, mit dem man sich arrangieren muss. Und nicht alle Ideen sind überzeugend oder zielführend, aber demokratische Politik beruht nun mal auf Interessenausgleich und ist die Kunst, eine Balance zu wahren. //

v.wilke@derneuekaemmerer.de

Sparen ist gut für den Haushalt.



Clever finanzieren ist besser.

HVB Public Sector

Ganz klar – in kommunalen Haushalten muss gespart werden. Um aber langfristige Nutzeneffekte zu erzielen, brauchen Sie Spezialisten, die mit Ihnen einen cleveren Wachstumsplan erarbeiten. Ihr Public Sector Berater der HVB ist dafür genau der Richtige.

Mehr zu Wachstumslösungen unter www.hvb.de/publicsector

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
HypoVereinsbank
Member of **UniCredit**